

## Kirche und Staat im Kanton Bern

Zur Kirchendebatte im Großen Rat

Dieser Artikel, von einem Pfarrer verfaßt, ist uns zugegangen, bevor die Ausführungen unseres Mitarbeiters in Nr. 475 und 477 des „Bund“ veröffentlicht worden sind.

Der Große Rat hat an seiner Sitzung vom 13. September den Bericht der Kirchendirektion besprochen. Diese Verhandlungen haben in der Presse und im Einzelgespräch eine große Diskussion ausgelöst. Da verschiedene Gesprächspartner von ungenauen Voraussetzungen ausgegangen sind, möchten wir versuchen, einige Irrtümer richtig zu stellen, die sich in diese Aussprache eingeschlichen haben.

Wir beginnen mit dem Votum des Herrn Großrat Studer in Burgdorf, der an jener Sitzung des Großen Rates dagegen protestiert hat, daß Pfarrer und Professoren in die Ostländer reisen und dann nach ihrer Rückkehr erklären, die Leute seien hinter dem eisernen Vorhang ebenso glücklich wie hinter dem goldenen. Herr Studer muß das Opfer einer falschen Information geworden sein. Wir wollen versuchen, der Wirklichkeit auf die Spur zu kommen.

Dieser Vorwurf hat offenbar die Professoren Barth und Thurneisen in Basel und Pfarrer Dr. Lütthi in Bern im Auge. Diese Schweizer Theologen sind nicht aus eigenem Antrieb nach Ungarn gefahren, um dort allerlei Studien zu treiben. Sie haben sich in einem kirchlichen Auftrag nach Ungarn begeben. Prof. Barth ist im Jahre 1948 von der ungarischen reformierten Kirche zu Vorträgen und Predigten eingeladen worden. Prof. Thurneisen, Pfarrer am Basler Münster, und sein Kollege Lütthi vom Berner Münster, sind 1949 von den Schweizer reformierten Kirchen nach Ungarn geschickt worden, nachdem die ungarische Kirche um den Besuch von Theologen gebeten hatte, die ihren Gemeinden in ihrer bedrängten Lage ein Wort der Stärkung und Weisung sagen könnten. Wir müssen hier der Meinung entgegen treten, die da und dort geäußert wird, daß die Einreise dieser Schweizer Theologen nach Ungarn nur darum möglich gewesen sei, weil man im Osten um ihre angeblich kominformfreundliche Stellung genau gewußt habe. Gerade der Aussendung von Pfarrer Dr. Lütthi stunden im Gegenteil sehr ernste Bedenken entgegen, indem Pfarrer Lütthi sich im weitverbreiteten Zwinglialender 1949, der schon im August 1948 erschienen war, im Blick auf seine Beurteilung des Sowjetsystems sehr eindeutig festgelegt hatte. Er zitierte dort den Ausspruch des früheren Bieler Stadtpräsidenten Guido Müller: Der Unterschied einer Parteinahme für den Osten oder den Westen scheint ihm auf das gleiche herauszukommen wie etwa der Unterschied, der darin besteht, daß einer sich an einem Hansstrick oder an einer Seidenkrawatte erhänge. Unter der Seidenkrawatte ist nicht etwa die Schweiz, sondern der Westblock (Amerika) zu verstehen; unter dem Hansstrick Rußland. Pfarrer Lütthi führt es dann aus, wie die Russen es auf eine unbegreifliche Weise verstanden haben, „überall da, wo sie an der Macht sind, durch ihr gewalttätiges und unberechenbares Verhalten ihren einst so guten Namen planmäßig zu zerstören“. Wer die Durchführung dieses Themas im Zwinglialender 1949 genau überprüft, wird zugeben müssen, daß es sich bei diesem Aufsatz wirklich nicht um einen Verstoß gehandelt hat, sich bei den östlichen Gewalthabern in empfehlende Erinnerung zu rufen. Die Lage war vielmehr die, daß man ernstlich befürchten mußte, es möchten ihm auf Grund dieser entschiedenen Äußerung nach dem Grenzübertritt in Ungarn sehr gefährliche Schwierigkeiten erwachsen.

Wie haben sich diese Theologen nach ihrer Rückkehr geäußert? Prof. Barth hat in seiner Schrift „Christliche Gemeinde im Wechsel der Staatsordnungen“ über den Ertrag seiner Ungarnreise 1948 Bericht erstattet. Er hatte von den kirchlichen Verhältnissen einen guten Eindruck gewonnen, fügte aber sogleich bei:

„Auf die politischen Zustände, die ich dort getroffen habe, kann sich das natürlich nicht beziehen. Es bedarf kein Wort darüber, daß sie nicht schön sind. Es hat mir auch kein Mensch zugemutet, sie schön zu heißen. ... Ein prinzipieller Anhänger und Bekenner des neuen Systems ist mir unter den reformierten Ungarn nicht begegnet. Der kindliche Enthusiasmus des feurig roten Deans (des bekannten kommunistischen Dompropsts) von Canterbury, der kurz vor mir

das Land bereist hatte, hat bei ihnen nur einen Verwunderungserfolg davorgetragen.“

Wie steht es in diesem Stück mit der Mission 1949 der beiden Münsterpfarrer Thurneisen (Basel) und Lütthi (Bern)? Sie haben in Ungarn viele reformierte Gemeinden besucht und mit der lutherischen Kirche wenigstens die Fühlung aufgenommen. Sie haben sich bei ihren Reden streng an ihren kirchlichen Auftrag gehalten: d. h. sie haben im Osten keine westliche Propaganda getrieben und nach ihrer Rückkehr bei uns keine östliche. Sie haben sich einzig über die kirchlichen Verhältnisse geäußert und erzählt, daß in der ungarischen Kirche eine große Erweckungsbewegung im Gange sei.

Wir möchten festhalten, daß Prof. Barth und Pfarrer Dr. Lütthi des entschiedensten Bestreben, den Satz ausgesprochen zu haben, die Leute seien hinter dem Eisernen Vorhang ebenso glücklich wie hinter dem goldenen.

Wir haben aus zwei Gründen diese Klarstellung als nötig erachtet. Es geht einmal nicht an, daß eine Mission, die Schweizer Pfarrer im Auftrag ihrer Kirchen ordnungsgemäß unter nicht ganz einfachen Umständen übernommen und ausgeführt haben, hintendrin politisch verdächtigt und diffamiert wird. Wer will denn noch eine solche Aufgabe in Angriff nehmen, wenn er riskieren muß, nachher sich gegen solche Angriffe wehren zu müssen? Wir müssen überdies feststellen, daß Herr Großrat Studer auf Grund dieser falschen Informationen den Herrn Kirchendirektor eingeladen hat, über die Kirche im Kanton Bern eine eiserne Hand zu halten.

Wir halten diesen Ausspruch für gefährlich. Das neue Kirchengesetz vom 6. Mai 1945 bestimmt in Art. 3, daß die Landeskirchen ihre inneren Angelegenheiten (Wortverkündigung, Lehre, Seelsorge, Kultus usw.) selbständig ordnen und in den äußeren Kirchenangelegenheiten, für die der Staat zuständig ist, das Antrags- und Vorberatungsrecht besitzen. Man muß sich schon fragen, ob hier nicht im staatlichen Raum ein Durchbruch in die inneren Angelegenheiten der Kirche hinein empfohlen worden ist. Es müßte jedenfalls um die Freiheit der kirchlichen Verkündigung geschehen sein, wenn sich bei uns das kirchliche Leben künftig in Zeichen der eisernen Hand abspielen sollte. Es würde sicher einem richtig verstandenen Liberalismus entsprechen, wenn diese Linie nicht weiter verfolgt würde.

Unter diesen Umständen sind die Berner Pfarrer Herrn Großrat Lehmann (Bern) sehr dankbar dafür, daß er sich im Großen Rat entschieden gegen die Behauptung eines Basler Blattes gewandt hat, daß der Berner Pfarrerstand kommunistisch durchseucht sei. Wenn im Rat, und namentlich seither außerhalb des Rates, auf den Beifall hingewiesen worden ist, den der kommunistische „Vorwärts“ einigen Theologen gespendet habe, so haben sich diese Pfarrer jedenfalls um dies Lob nicht bemüht. Kein Politiker und kein Wissenschaftler ist gegen die Möglichkeit geseit, von Freund und Gegner zur Zeit oder zur Unzeit zitiert zu werden. Der „Vorwärts“ ist erst durch die Presse auf diese Vorgänge aufmerksam geworden und gesteht ja selber, daß man es bei diesen Pfarrern nicht mit Kommunisten zu tun habe. — Auch die katholische „Schweizerische Kirchen-Zeitung“ in Luzern hat erst durch die Zeitungen über die Auseinandersetzungen in der Berner Kirche Kunde erhalten. Sie schloß ihren Bericht ab mit der Wendung: „Wenn die Pfarrgehälter in Frage kämen, wären sie (d. h. die Pfarrer) alle wieder staatsfremd.“ Wenn Herr Großrat Lehmann gegen diese Wendung protestiert hat, so geschah es nicht, um ein Ablenkungsmanöver vorzunehmen wie in der katholisch-konservativen Presse zu Unrecht vermutet wurde. Er wandte sich gegen den Anwurf von Prälat von Ernst an die Adresse der Berner Pfarrer, daß sie ihre Ueberzeugungen nach dem Pfarrgehalt richten. Er konnte zeigen, daß diese Bemerkung schon deswegen deplaciert war, weil auch die römisch-katholischen Pfarrer im Kanton Bern vom Staat besoldet werden. Es haben übrigens auch katholische Kreise diese Entgleisung bedauert.

Es ist in diesem Zusammenhang innerhalb und außerhalb des Rates die Rede gewesen von der Andacht, die Pfarrer F. Leuenberger in Thun zu Beginn der Synode vom 6. Dezember 1949 gehalten hat, vom Vortrag von Prof. A. Barth

und von der Predigt von Pfarrer Lütthi, gehalten am 25. Juni im Berner Münster. Wir möchten diejenigen, die sich über diese Darbietungen orientieren möchten, einladen, diese Schriften aufmerksam durchzulesen. Bei der Darbietung von Prof. Barth handelte es sich nicht um eine Predigt, sondern um einen Vortrag am Kirchensonntag 1949. Der Referent hat sich nicht aus eigenem Antrieb zum Wort über das Thema „Die Kirche zwischen Ost und West“ gemeldet. Er wurde eingeladen, im Münster das offizielle Thema zu behandeln, das der Synodalrat für alle Kirchengemeinden des Synodalbezirks bestimmt hatte. Man beachte, daß in diesem vielgenannten Vortrag doch auch das Urteil zu lesen ist: „Was asiatische Despotie, Verschlagenheit und Rücksichtslosigkeit im Nahen und Fernen Osten und speziell in Rußland seit Menschengedenken gewesen ist und bedeutet hat, das ist uns in der Gestalt des vom heutigen Rußland vertretenen Kommunismus sicher sehr abstoßend und entsetzenderregend auf den Leib gerückt und zum Bewußtsein gebracht.“

Wer die Stellung von Pfarrer Lütthi richtig beurteilen will, sollte auch seine gedruckte Predigt „Kirche und Staat“ vom 31. Oktober 1948 zur Kenntnis nehmen.

Herr Kirchendirektor Dr. Feldmann hat im Großen Rat darauf hingewiesen, daß die einstimmigen Beschlüsse, mit denen die Kirchen-synode vom 6. Juni 1950 sich eindeutig zu den geltenden staatlichen und kirchlichen Ordnungen bekannt hat (siehe „Bund“ Nr. 422 vom 10. September 1950), die Grundlage für ein konstruktives Gespräch zwischen den staatlichen und kirchlichen Instanzen abgeben werde. Wir nehmen an, daß auch der Synodalrat und die Synode, die übrigens am 6. Juni vom Bericht der Kirchendirektion noch keine Kenntnis hatten und darum die Debatte im Großen Rat nicht voraussehen konnten, zu jenen Fragen Stellung nehmen werden, die im kantonalen Parlament aufgeworfen worden sind. Uns lag daran, einige Thesen richtigzustellen, welche die öffentliche Diskussion allzusehr belasten könnten.

E.